

Die Macht Amerikas

Aus amerikanischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2002

Peter Rudolf / Jens van Scherpenberg

Wer die politikorientierten amerikanischen Fachzeitschriften durchblättert, findet viele Analysen einzelner Probleme, eine beträchtliche Zahl von Aufsätzen, die die Selbstvergewisserung amerikanischer Macht zu Beginn des 21. Jahrhunderts zum Thema haben, zahlreiche Artikel, die als Rechtfertigung oder als Kritik gegenwärtiger Politik zu lesen sind. Doch durchaus rar sind Artikel, die eine neue Sicht auf ein altes Problem bieten oder gar zukunftsweisende Ideen und Vorschläge artikulieren und begründen. Einige dieser lesenswerten Beiträge werden im folgenden vorgestellt.

Ohne die Anschläge am 11. September hätte sich mit hoher Wahrscheinlichkeit spätestens Ende des Jahres 2001 in den amerikanischen Fachzeitschriften eine intensive Debatte über die Lage der amerikanischen Wirtschaft und das Ende der »New Economy« sowie die Folgen für die internationale Position der USA entwickelt. Statt dessen dominiert auch in den wirtschaftsbezogenen Artikeln die veränderte Situation nach dem 11. September. Dies um so mehr, als in dem unweigerlich langwierigen »Krieg gegen den Terrorismus«, anders als bei vielen »normalen« militärischen Konflikten der USA, die ökonomische Dimension gleichrangig im Vordergrund steht.

Robert Kagan analysiert in *Policy Review* die Wurzeln der außenpolitischen Entfremdung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Er verzichtet – für einen amerikanischen Neokonservativen ungewöhnlich – auf moralisierende Polemik gegenüber Europa. Wer die strukturellen Ursachen für das Auseinanderdriften zwischen Europa und den USA verstehen will, die Ursachen für die unterschiedliche Definition außenpolitischer Prioritäten, die Unterschiede bei der Wahrnehmung von Bedrohungen und die mitunter kollidierenden Strategien, dem wird eine einfache, aber durchaus

plausible Erklärung angeboten: das riesige militärische Machtgefälle zwischen den USA und Europa als Ursache für mehr und mehr auseinanderlaufende außenpolitische Perspektiven, ja Ideologien.

Wer über militärische Macht verfüge, der entwickle die Neigung, sie auch zu nutzen. Wem diese Macht fehle, der entwickle verständlicherweise eine Abneigung gegen deren Einsatz, argumentiert Kagan. Die Kluft in den militärischen Machtressourcen wirke sich besonders auf die Wahrnehmung von Bedrohungen aus. In der Frage, was eine noch hinnehmbare,

was eine nicht mehr akzeptable Bedrohung sei, hätten Europa und die USA unterschiedliche Maßstäbe. Schwäche veranlasse dazu, Bedrohungen herunterzuspielen oder gar zu ignorieren. Das lasse sich psychologisch gut erklären. Doch die Bedrohungen seien für beide Seiten auch »objektiv« unterschiedlich. Gerade wegen ihrer Stärke und der damit verbundenen internationalen Rolle als Garant der Stabilität sind die USA, so Kagan, in einer viel massiveren Weise von »Schurkenstaaten« wie dem Irak bedroht. Die USA könnten mit den Problemen außerhalb Europas auch alleine umgehen; Europa habe in dieser Hinsicht ohnehin wenig zu bieten. Europas wichtigste Leistung bestehe in der Wahrung des Friedens in Europa.

Die Art, wie die USA in der »Hobbeschen« Welt außerhalb Europas Ordnung stiften, wird als Provokation europäischer Ordnungsvorstellungen vermehrt zu transatlantischen Konflikten und zur weiteren Entfremdung führen, lautet die Prognose. Wie läßt sich dem begegnen? Europa sollte seine militärischen Fähigkeiten ausbauen und von den USA in die »gemeinsame Schlacht« einbezogen werden. Daß Europa als Juniorpartner die USA in ihrer Machtentfaltung keineswegs einschränken werde, folgt als besänftigender Hinweis an die amerikanische Adresse. Selbstkritisch ist die Empfehlung an die amerikanischen Außenpolitiker, größere Rücksicht auf europäische Befindlichkeiten zu nehmen und dem Multilateralismus etwas Respekt zu zollen. Damit könnten die USA politisches Kapital für jene Situationen anhäufen, in denen einseitiges Handeln unvermeidlich sei.

Neoimperialismus: Die Lösung für »failed states«

»Failed states« wie Afghanistan sind nach dem 11. September in den Brennpunkt internationaler Aufmerksamkeit geraten. Nicht nur als Zufluchtsstätten für Terroristen, sondern auch als Horte organisierter

Kriminalität stellen derartige Länder ein Problem für den Westen dar. Für global operierende Terrororganisationen wie Al-Kaida sind zerfallende Staaten als territoriale Basis gerade auch deshalb attraktiv, weil sie als vermeintlich souveräne Staaten international vom Interventionsverbot profitieren und weil sie ein Reservoir für die Rekrutierung neuer Terroristen bieten.

Wie soll der Westen mit »failed states« umgehen? **Ray Takeyh** und **Nikolas Gvosdev**, der eine Mitarbeiter des Washington Institute for Near East Policy, der andere am Institute for Global Democracy tätig, fordern in der Zeitschrift *The Washington Quarterly* eine neue realistische Form des »nation building«. Nicht die Abhaltung von Wahlen, sondern der Aufbau der grundlegenden Infrastruktur und eine wirkungsvolle Militär- und Sicherheitshilfe seien dringende Aufgaben in solchen Staaten. Sollen »failed states« wiederaufgebaut und soll so die Infrastruktur des global operierenden Terrorismus zerstört werden, bedürfe es kostspieliger politischer und wirtschaftlicher Investitionen.

Sebastian Mallaby, Kolumnist der *Washington Post*, erklärt in der Zeitschrift *Foreign Affairs* die beiden nicht-imperialistischen Optionen, Entwicklungshilfe und »nation-building« in der bisherigen Form, für gescheitert – von wenigen Fällen mit günstiger Ausgangslage abgesehen. Die »Logik des Neoimperialismus« werde unwiderstehlich werden, auch für eine Administration, die ursprünglich vor der Verwicklung in interne Prozesse anderer Länder zurückscheute.

Mallaby plädiert für die moderne Variante einer imperialistischen Politik: eine Art multilaterale, dem Eingreifen in »failed states« Legitimität und Akzeptanz verleihende Politik. Institutionelle Vorbilder für die notwendige Mischung aus amerikanischer Führung und internationaler Legitimität sieht er in Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Vorgeschlagen wird die Gründung einer neuen internationalen Institution zum Zwecke des »nation building«: einer Organisation mit militäri-

schem Muskel, angesiedelt außerhalb des schwerfälligen, zahlreichen Blockademöglichkeiten ausgesetzten VN-Rahmens, finanziert im wesentlichen von den OECD-Staaten und geführt von den USA.

Think Big: Die Lösung des Nahostkonflikts

Angesichts der Gewalteskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt klingt der Vorschlag einer umfassenden endgültigen Vereinbarung – beiden Seiten als nicht mehr änderbar unterbreitet, ja oktroyiert – auf den ersten Blick illusionär. Wurde nicht bereits eine umfassende Verhandlungslösung versucht? Sind denn nicht allein Zwischenlösungen realistisch, ist der inkrementelle Ansatz nicht der einzig mögliche? Falsch, ganz falsch, argumentieren **Hussein Agha**, Nahostexperte am St. Antony's College in Oxford, und **Robert Malley**, in den Jahren 1998 bis 2001 Präsident Clintons Sonderberater für arabisch-israelische Angelegenheiten und jetzt Leiter des Middle East Programs der International Crisis Group. Wie sie in *Foreign Affairs* schreiben, waren alle Initiativen seit 1993 Teil eines schrittweisen Ansatzes – auch die ohne umfassende Vision geführten Verhandlungen über den endgültigen Status in den Jahren 1990 und 2000. Beide Konfliktparteien hätten die Zwischenzeit auf dem Weg zu einer späteren endgültigen Lösung nicht als Chance zur Vertrauensbildung genutzt, sondern als Gelegenheit, ihre Verhandlungsposition zu verbessern. Jede Verpflichtung im Rahmen des schrittweisen Ansatzes wurde zum Quell neuer Streitigkeiten.

Der Ansatz seit Camp David leidet nach Ansicht der beiden Experten noch an einem weiteren Kernproblem: der fälschlichen Annahme, eine dauerhafte Lösung könne nur das Ergebnis direkter Verhandlungen zwischen beiden Seiten sein. Das mag für eher technische Fragen zutreffen, nicht jedoch für eine Endvereinbarung. Falsch sei die Annahme, erst müssten beide Seiten langsam gegenseitiges Vertrauen aufbauen,

dann sei eine breite Lösung möglich: Mißtrauen und Feindschaft seien nicht Ursache, sondern Folge des Konflikts. Zu fordern, erst müsse die Gewalt aufhören, dann könne es zu politischen Initiativen kommen, verkennt aus Sicht der beiden Autoren den zugrundeliegenden politischen Antagonismus. Gewalt ist dessen Nebenprodukt. Das Töten werde erst aufhören, wenn beiden Seiten eine klare und faire Lösung des Grundkonflikts angeboten werde.

Kann es jedoch ein solches Angebot geben, das die Kerninteressen beider Parteien berücksichtigt? Ja, meinen Agha/Malley. Blicke man auf die bisherigen Verhandlungen und informellen Gespräche zurück, dann eröffne sich tatsächlich eine Lösung. In der Territorialfrage lautet das grundlegende Konzept: Landtausch nach demographischen und sicherheitspolitischen Kriterien, das heißt, Israel würde einen kleinen Teil der Westbank bekommen und so einen großen Teil der jüdischen Siedler aufnehmen, Palästina im Gegenzug einen entsprechenden Teil des israelischen Territoriums. In der Sicherheitsfrage hieße die Lösung: entmilitarisiertes Palästinenserstaat und Präsenz einer internationalen Truppe unter amerikanischer Führung, anfänglich auch mit israelischer Komponente. In der Frage Jerusalem könnte die Lösung so aussehen: Der arabische Teil wird Hauptstadt Palästinas, Westjerusalem und die jüdischen Teile Ostjerusalems werden Hauptstadt Israels. Die Kontrolle über den Tempelberg läge in palästinensischer Hand. In der Flüchtlingsfrage wird folgende Lösung vorgeschlagen: Den palästinensischen Flüchtlingen würde die Möglichkeit der Ansiedlung in den von arabischen Israelis bewohnten grenznahen Gebieten geboten; diese Gebiete würden im Zuge des Landtauschs Teil eines palästinensischen Staates werden.

Eine Lösung entlang der skizzierten Linien sollte beiden Konfliktparteien von einer internationalen Koalition aus den USA, europäischen, arabischen und sonstigen Staaten vorgelegt werden, unterstützt von einer Resolution des VN-Sicherheits-

rates und flankiert von einer Reihe ergänzender Vereinbarungen: einem amerikanisch-israelischen Verteidigungsvertrag, einer möglichen Mitgliedschaft Israels in der NATO und Schritten zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Staaten. In der Tat: eine große Lösung, wie sie in der gegenwärtigen amerikanischen Nahostpolitik nicht zu erkennen ist.

Versagen: USA und Völkermord

Einzigartige Macht schafft eine besondere weltpolitische Verantwortung. Dieser Verantwortung sind die USA, was die Verhinderung von Völkermord angeht, nicht gerecht geworden. Das ist die These von **Samantha Power**, die in einem Beitrag in der *New York Review of Books* die Ergebnisse einer ausführlichen Studie zusammenfaßt. Das Schockierende war aus ihrer Sicht nicht, daß die USA keine Truppen zur Beendigung von Genoziden entsandt haben. Ein so weitgehender Schritt sei kaum zu erwarten. Schockierend sei vielmehr, daß sie nahezu nichts taten, um die Täter von ihrem Tun abzuschrecken. Wenn Völkermord die vitalen Interessen der USA nicht berührte, blieb die Aufmerksamkeit der amerikanischen Entscheidungsträger gering. Statt vielfältig möglicher Formen der Intervention setzten sie auf Verhandlungen, beschränkten sich auf »diplomatische Nettigkeiten« und die Lieferung humanitärer Hilfsgüter.

Warum blieben die USA so tatenlos gegenüber den Völkermorden des letzten Jahrhunderts? Mangelnde Kenntnis und fehlende Informationen waren nicht der Grund – nicht einmal zu Zeiten, als es die heutige Informationstechnologie und transnational operierende Menschenrechtsgruppen nicht gab. Allein die *New York Times* brachte, wie Samantha Power recherchiert hat, im Falle der Armenier 145 Artikel über deren Ermordung. Sicher, viele Informationen waren unvollständig, doch seien sie ausreichend gewesen. Der Mangel an

unzweideutigen Informationen wurde oft als Ausrede für den Verzicht auf eigenes Handeln benutzt. Hätten die USA gehandelt, allein die Morde klar verurteilt, so hätten sich nach Ansicht der Autorin viele Menschenleben retten lassen. Denn die Reaktionen in Washington wurden sehr wohl von jenen beobachtet, die Völkermorde planten. Nicht Mangel an Wissen, nicht Mangel an Einfluß, sondern fehlender politischer Wille erklärt die passive Haltung der USA im Falle der Völkermorde des 20. Jahrhunderts, argumentiert die Autorin.

Welche Folgerungen sind ihrer Auffassung nach zu ziehen? Das politische Kalkül amerikanischer Entscheidungsträger – so lautet eine – müsse dahingehend verändert werden, daß sie öffentlich auch für den Verzicht auf Handeln verantwortlich gemacht werden können. Zwar fürchten Politiker die politischen Kosten für ein »weiteres Somalia« oder »ein zweites Vietnam«. Politische Kosten aus dem Verzicht auf Handeln müssen sie jedoch nicht fürchten. Das könnte sich ändern, wenn sie mit einer vom Kongreß mit allen rechtlichen Mitteln untermauerten Untersuchung rechnen müßten. Die Prävention von Völkermord sollte zudem vom Präsidenten zu einem ausdrücklichen Ziel amerikanischer Außenpolitik erhoben werden, mit den entsprechenden Direktiven, den begleitenden öffentlichen Erklärungen, internationalen Konsultationen und militärischen Planungen. Daß dies geschehen wird, ist jedoch nach dem 11. September und dem alles dominierenden »Krieg gegen den Terrorismus« noch unwahrscheinlicher als zuvor. Darüber macht sich die Autorin keine Illusionen – auch wenn Präsident Bush an den Rand eines Memos zum Thema Völkermordprävention, in dem ihre in *The Atlantic Monthly* veröffentlichte Analyse der amerikanischen Reaktion auf den Völkermord in Ruanda zusammengefaßt wurde, die Worte schrieb: »Not on my Watch.«

Der »wirtschaftliche Krieg gegen den Terror«

Darüber daß der internationale Terrorismus nicht allein militärisch gewonnen werden kann, bestand frühzeitig Konsens in den USA. Wie die »ökonomische Front« in diesem Krieg zu definieren sei, darüber gehen allerdings die Ansichten auseinander. Drei Artikel seien herausgegriffen, die sich aus unterschiedlicher Warte kritisch mit den Instrumenten der US-Regierung zum Kampf an der »äußeren Front« – Unterbindung der Finanztransaktionen von Terrororganisationen, Wirtschaftssanktionen gegen Unterstützerstaaten, Exportkontrollen für sensible Dual-Use-Technologien – auseinandersetzen.

Lawrence Malkin und **Yuval Elizur** untersuchen im *World Policy Journal* die Umsetzungsprobleme der im »USA Patriot Act« vom Oktober 2001 verabschiedeten neuen Maßnahmen gegen Geldwäsche. Sie sind skeptisch, ob die Bush-Administration den unter dem Eindruck der Terroranschläge beschlossenen strikten Kurs auf die Dauer konsequent steuern und durchhalten wird. Der vor dem 11. September massive Widerstand aus den Reihen der Republikanischen Partei und des Finanzsektors gegen die im wesentlichen noch unter Clinton konzipierten Maßnahmen könnte sich wieder durchsetzen, wenn die betreffenden Maßnahmen nicht konsequent, umfassend und nachweisbar wirksam umgesetzt werden. Dies um so eher, als die Anti-Geldwäsche-Gesetzgebung eine auf fünf Jahre befristete Gültigkeit hat.

Harsche Kritik an dem vom Weißen Haus unterstützten Gesetzentwurf des Senats zur Exportkontrolle von Dual-Use-Gütern (S 149: Export Administration Reauthorization) übt **Gary Milhollin** in *Commentary*. Er rekapituliert den großen Erfolg des früheren CoCom-Regimes und seine Bedingungen sowie die völlige Aufweichung, wie er es sieht, der Exportkontrollpolitik unter der Präsidentschaft Clintons, mit bedenklichen Folgen für die Aufrüstung Chinas, Indiens und Pakistans. Der von der Admini-

stration unterstützte Gesetzentwurf würde Dual-Use-Güter, für die in den USA bereits ein größerer Markt besteht (mass market concept), von der Exportkontrolle freistellen. Für Milhollin steht der Schaden aus einer solchen Lockerung der Exportkontrolle in keinem Verhältnis zu den marginalen wirtschaftlichen Einbußen amerikanischer Unternehmen aus ihrer Verschärfung. Sein Artikel (»Trading with the Enemy«) in der einflußreichen konservativen Zeitschrift dürfte darauf zielen, das laufende Gesetzgebungsverfahren zu beeinflussen, da ein Votum des Repräsentantenhauses in dieser Sache noch aussteht.

Auffällig an den beiden hier exemplarisch aufgeführten Artikeln ist die weitgehend fehlende Reflexion der Tatsache, daß eine wirksame *wirtschaftliche* »Kriegführung« gegen den internationalen Terrorismus und seine staatlichen sowie nicht-staatlichen Unterstützer zwingend der engen Zusammenarbeit innerhalb der G 8 bzw. zwischen den maßgeblichen Industriestaaten des westlichen Bündnisses bedarf. Die atlantischen Bündnispartner kommen im wesentlichen als Hindernisse für den amerikanischen Regulierungsanspruch vor. Bei Malkin/Elizur finden sie dafür mehr, bei Milhollin weniger Verständnis.

Stephen Flynn vom Council on Foreign Relations richtet in *Foreign Affairs* den Blick auf den »weichen Unterleib der Globalisierung«, den grenzüberschreitenden Verkehr von Gütern und Personen. Hier war jahrelang »Erleichterung« – des Handels, der Einfuhrabwicklung, der Einreisebestimmungen – das Schlagwort. Für die USA, deren dynamische Wirtschaftsentwicklung in den neunziger Jahren wesentlich mit der fortschreitenden Globalisierung zusammenhängt, wird es jetzt entscheidend darauf ankommen, die materielle Infrastruktur des Wirtschaftslebens besser zu sichern, im Land selber, aber auch in den internationalen Verbindungen. Der Seetransport erweist sich hier als besonders sicherheitsrelevant und zugleich als der mit am schwersten zu überwachende Bereich internationaler Wirtschaftstransaktionen.

Für Flynn, der auf einschlägige Erfahrung als höherer Offizier der US-Küstenwache zurückblicken kann, ist die Konsequenz erfrischend klar: Soll die Globalisierung überleben, dann nur mit umfassenden internationalen Regulierungen: gemeinsam zu entwickelnden Sicherheits- und Überprüfungsstandards der großen internationalen Häfen, gemeinsamen technischen Lösungen für die elektronische Ortung von Containern und die sensorgestützte Überwachung ihres Inneren, allgemeine elektronische Identitätsprüfungen für Reisende. Und die USA als Nabel der Weltwirtschaft haben seiner Auffassung nach den nötigen Einfluß, um solche gemeinsamen Standards auch weltweit durchzusetzen.

Unter dem etwas irreführenden Titel »Economic Warriors against Terrorism« spricht **Murray Weidenbaum** in einem Beitrag für *The Washington Quarterly* die wirtschaftspolitischen Konsequenzen aus den Terroranschlägen an. Die »Economic Warriors« sind für ihn nicht nur der Federal Reserve Board, die Regierung und der Kongreß, die für die erforderlichen leicht expansiven geld- und budgetpolitischen Rahmenbedingungen sorgten. Er sieht eine besondere Herausforderung für die USA darin, gerade angesichts der unvermeidlichen Dämpfung des Globalisierungsprozesses im Gefolge des 11. September eine offene, nichtprotektionistische Handelspolitik zu betreiben, die es vermeidet, Lasten des Kampfes gegen den Terror indirekt auf verbündete Staaten abzuwälzen. Im Duktus des Vertrauens in eine aufgeklärte, langfristig vernünftig handelnde politische Führung sieht Weidenbaum eine nach Bezugsquellen differenzierte und auf Einsparung hin orientierte Rohstoff- und Energiepolitik voraus. Aber zu den »wirtschaftlichen Frontkämpfern« gehören für ihn auch die ausländischen Niederlassungen amerikanischer Unternehmen. Elemente der »Soft Power«-Theorie aufgreifend, hält Weidenbaum eine strikt und nachhaltig, auch zu Lasten kurzfristiger Gewinnmaximierung, an amerikanischen gesellschaftlichen Werten und Normen orien-

tierte internationale Unternehmenspolitik der »Economic Battle of Ideas« langfristig für wirksamer als kurzatmige PR-Aktivitäten amerikanischer »Public Diplomacy«. Zu fragen wäre, ob die nach Abfassung des Beitrags sich häufenden Bilanzierungsskandale großer US-Unternehmen an dieser durchaus idealistischen Sichtweise des Autors etwas geändert haben und ob das amerikanische Unternehmertum als Träger von »Soft Power« dadurch geschwächt worden ist.

Wirtschaftslage und Haushaltspolitik

Angesichts der zunächst wieder einsetzenden Erholung der US-Wirtschaft nach dem 11. September sind im Berichtszeitraum zunächst kaum grundsätzliche Artikel über die wirtschaftlichen Risiken für das Land in den politikorientierten Fachzeitschriften erschienen. Auch die im Gefolge des ENRON-Skandals in den letzten Monaten aufgedeckte wachsende Zahl von Bilanzunregelmäßigkeiten und -betrügereien großen Stils seitens namhafter amerikanischer Unternehmen hat bislang keinen deutlichen Niederschlag in den amerikanischen Fachzeitschriften gefunden. Dieser dürfte noch zu erwarten sein. Das frühzeitige Urteil des renommierten Ökonomen und *New York Times*-Kolumnisten Paul Krugman, der ENRON-Skandal werde sich für die US-Wirtschaft als einschneidender erweisen als der 11. September, kann bereits heute als durch die Wirklichkeit bestätigt gelten.

Allen Schick geht in der *Brookings Review* kritisch auf das wieder stark steigende amerikanische Budgetdefizit ein. Er sieht hier weniger konjunkturelle Faktoren am Werk als vielmehr massive Politikfehler im Sinne einer Inkonsistenz von Zielen der Ausgabenpolitik, der Steuerpolitik und der Budgetpolitik. Unvermeidbare oder innenpolitisch motivierte Ausgabensteigerungen wie die Medicare-Bewilligungen sowie die Agrarsubventionen kommen zu den deutlich erhöhten Ausgaben für Verteidigung

und innere Sicherheit (Homeland Defense) hinzu. Dem steht die Steuerpolitik eines Präsidenten gegenüber, der, wie Schick anmerkt, als erster Präsident der amerikanischen Geschichte gleichzeitig einen Krieg erklärt und Steuersenkungen durchsetzt. Schick sieht die scheinbare Auflösung dieses Widerspruchs in der von der Bush-Administration schon kurz nach Amtsantritt offiziell postulierten konservativen Ideologie, daß einem wachsenden Staatssektor (*bigger government*) nur durch bewußt herbeigeführte Budgetdefizite entgegengewirkt werden kann. *Scheinbar* ist sie, da auch konservative republikanische Regierungen sich als durchaus willig zur Steigerung (bestimmter) staatlicher Ausgaben erwiesen haben. Zusammen mit der unabweislichen demographischen Entwicklung und den daraus über die Rentenzahlungen in wenigen Jahren erwachsenen Budgetbelastungen führt dies zu enormen mittelfristigen wirtschaftlichen Risiken für die Vereinigten Staaten.

Energiepolitik und Energiesicherheit

Aus der zunehmend intensiver werdenden Debatte über die amerikanische Energiepolitik, die möglicherweise eine wachsende Rolle im bevorstehenden Kongreßwahlkampf spielen könnte, seien zwei Beiträge herausgegriffen.

Michael T. Klare setzt sich in *Current History* mit den außen- und sicherheitspolitischen Implikationen des Nationalen Energieplans der Regierung von 2001 auseinander. Er weist darauf hin, daß eines der am wenigsten beachteten Elemente des Plans die Annahme stark anwachsender Ölimporte in den nächsten 20 Jahren ist. Bis 2020 sollen sie um etwa 50 Prozent von heute 24,4 auf 37,7 Millionen Barrel pro Tag steigen. Diese Importe müssen überwiegend aus der Region des Persischen Golfs kommen, die Energiepolitik hat damit massive sicherheitspolitische Implikationen. Insbesondere Saudi-Arabien wird

in der Zukunft eine kritische Rolle spielen. Es muß in den nächsten 20 Jahren seine Ölproduktion verdoppeln, was eine enorme und logistische, technische und wirtschaftliche Herausforderung darstellt. Und es muß durch die USA vor innerer Destabilisierung geschützt werden.

Im Rahmen einer Diversifizierungsstrategie der amerikanischen Ölimporte spielen aber auch die kaspische Region und Zentralasien eine große Rolle. Weitere Diversifizierungsbestrebungen der USA erstrecken sich auf Afrika, dort namentlich Nigeria und Angola, sowie auf Lateinamerika. Die letztere Region hat für die USA den besonderen Charme, daß sie politisch relativ stabil ist und ohnehin zum engeren Einflußbereich der USA gehört.

Angesichts der enormen Bedeutung der Energiesicherheit für die amerikanische Politik und den amerikanischen Wohlstand in den nächsten Jahren hält es der Autor für durchaus angemessen, die regionale Außenpolitik der USA nicht nur im Arabischen Raum und im Golfraum, sondern auch in Afrika teilweise und in Lateinamerika ganz wesentlich unter dem Aspekt der Sicherung weiterer erhöhter Energiezufuhren zu sehen.

Michael A. Toman greift in der *Brookings Review* den »déjà vu«-Aspekt der Debatte über die Ölversorgungssicherheit auf und versucht herauszuarbeiten, was das Neue an der gegenwärtigen Situation ist. Toman betont, das Kernproblem der Ölversorgungssicherheit sei nicht, daß womöglich die Reserven aufgebraucht würden oder daß es zu Embargos kommen könnte und die USA infolge einer einseitigen Lieferantenstruktur verletzlich seien. Das Kernproblem seien die *Energiepreise*. Deutliche Ölpreissteigerungen haben nach wie vor einen unmittelbaren Effekt auf die makroökonomische Entwicklung, das heißt auf das Wirtschaftswachstum. Toman hält es im Unterschied zu Klare nicht für korrekt, die Kosten der amerikanischen Präsenz in der Ölförderregion um den Persischen Golf quasi den Ölpreisen hinzuzurechnen, da mit dieser Präsenz auch andere Ziele ver-

folgt würden als die Sicherung der Ölversorgung. Für Toman liegt der Schlüssel zu einer höheren Energieversorgungssicherheit der USA vor allem darin, in makroökonomischer Hinsicht die Ölverbrauchsintensität des Wirtschaftsprozesses zu reduzieren. Diesem Ziel sollten mehr ökonomische Ressourcen gewidmet werden.

Toman, Michael A., International Oil Security. Problems and Politics, in: Brookings Review, 20 (Frühjahr 2002) 2, S. 20–23, zugänglich über <http://www.brook.edu/dybdocroot/press/REVIEW/spring2002/toman.htm>

Weidenbaum, Murray, Economic Warriors against Terrorism, in: The Washington Quarterly, 25 (Winter 2002) 1, S. 43–52, zugänglich unter: <http://www.twq.com/02winter/weidenbaum.pdf>

Besprochene Aufsätze

Agha, Hussein/Malley, Robert, The Last Negotiation: How to End the Middle East Peace Process, in: Foreign Affairs, 81 (Mai/Juni 2002) 3, S. 10–18

Flynn, Stephen E., America the Vulnerable, in: Foreign Affairs, 81 (Januar/Februar 2002) 1, S. 60–75

Kagan, Robert, Power and Weakness, in: Policy Review, (Juni 2002) 113, zugänglich über www.policyreview.org

Klare, Michael T., Global Petro-Politics: The Foreign Policy Implications of the Bush Administration's Energy Plan, in: Current History, 101 (März 2002) 653, S. 99–104

Malkin, Lawrence/Elizur, Yuval, Terrorism's Money Trail, in: World Policy Journal, 19 (Frühjahr 2002) 1, S. 60–70

Mallaby, Sebastian, The Reluctant Imperialist: Terrorism, Failed States, and the Case for American Empire, in: Foreign Affairs, 81 (März/April 2002) 2, S. 2–7

Milhollin, Gary, Trading with the Enemy, in: Commentary, 113 (Mai 2002) 5, S. 41–45

Power, Samantha, Genocide and America, in: The New York Review of Books, 14.3.2002, zugänglich über www.nybooks.com

Schick, Allen, The Deficit That Didn't Just Happen. A Sober Perspective on the Budget, in: Brookings Review, 20 (Frühjahr 2002) 2, S. 45–48

Takeyh, Ray/Gvosdev, Nikolas, Do Terrorists Need a Home?, in: The Washington Quarterly, 25 (Sommer 2002) 3, S. 97–108, zugänglich über www.twq.com

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org